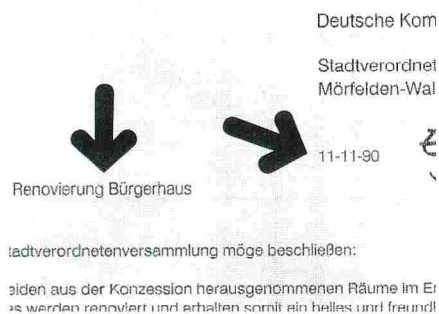


Radwege und Bürgerhaussanierung DKP-Forderungen werden erfüllt

Nun haben die städtischen Gremien (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung) endlich Nägel mit Köpfen gemacht. Seit dem Jahre 1990 bemühte sich die DKP-Fraktion ständig und hartnäckig, mit immer wieder erneut gestellten Anträgen Verbesserungen zu nachfolgenden Themen zu erreichen:

Bürgerhaus

Seit dem Jahre 1968, als das ehemalige Volkshaus anlässlich der Stadtwerdung Mörfeldens als Bürgerhaus neu eröffnet wurde, sind über 30 Jahre



vergangen. Da liegt es auf der Hand, daß eine umfassende Sanierung längst überfällig ist. Auch der Besitzer eines Einfamilienhauses kann sich solchen, der Substanzerhaltung dienenden Maßnahmen nicht entziehen, wenn er größere Schäden auf Dauer vermeiden will. Schon 1990 hat die DKP hierzu ihren ersten Antrag gestellt (siehe Faksimile). Das setzte sich in Anträ-

gen und Anfragen bis 1998 fort. Immer wieder wurden Mittel in den Haushalt eingestellt, aber außer der Flachdachsanierung 1993 ist seitdem nichts geschehen.

Erst jetzt, nach dem die SPD bei wichtigen Entscheidungen auf die DKP angewiesen ist und von der ein Forderungskatalog auf den Tisch gelegt wurde, kommt die Sache in Bewegung. In den Jahren 1999, 2000, und 2001 wird in Teilabschnitten saniert, ggf. angebaut und Maßnahmen zur Energieeinsparung getroffen.

Hierzu gehören: Ein Anbau entlang des Saalgebäudes, Gewinnung von Abstell- und Vereinsräumen, Umgestaltung des Saalbereiches einschließlich Bühne, neue Fenster und Verbesserung der Akustik sowie Beleuchtung, die Veränderung und Modernisierung der Kegelbahnen, die Überprüfung der Küche mit Beseitigung der Geruchsprobleme u.v.m..

Allein aus dem Haushalt 1998 sind hierfür noch 400.000 Mark vorhanden.

Radwege, Wegebeschilderungen, Fahrradabstellanlagen und Randsteinabsenkungen

Auch bei diesem Thema mußten über viele Jahre, im wahrsten Sinne des Wortes, dicke Bretter gebohrt werden. Schon im August 1990 stellte die DKP-Fraktion im Stadtparlament einen ih-

(Fortsetzung nächste Seite)

Die Landtagswahl - ein Alarmsignal

Im Grunde endete die Landtagswahl so, wie es das Klima an den CDU-Infoständen befürchten ließ. Die CDU mobilisierte nicht nur die eigene Partei, sondern auch das „ganz rechte“ Potential. Das politische Spiel der CDU mit der Angst vor Fremden ist aufgegangen.

Die Enttäuschung vieler Wähler über die ersten 100 Tage der Regierung in Bonn hat weitere CDU-Stimmen gebracht.

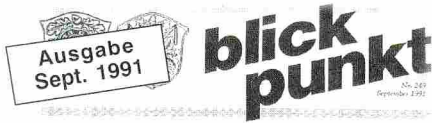
Es wird jetzt schnell deutlich werden, daß die CDU die Hessenwahl zum Ausgangspunkt eines tiefergehenden Rechtsruckes machen will.

Die Grünen haben die Wahl verloren. Beim seitherigen Wählerklientel dieser Partei gibt es viele Enttäuschungen. Die Friedensbewegten ärgern sich zu Recht, daß die Partei alle ihre Beschlüsse über Bord wirft und dabei ist, wenn deutsche Soldaten wieder in die Welt hinausgeschickt werden sollen. Andere sind sauer über den schwachen Auftritt in Bonn beim Atomkraftwerk-Thema.

Vor Ort gab es zusätzliche Irritationen. Flughafenausbaueegner fragten, wen kann man eigentlich noch wählen? Auch die Grünen waren nicht eindeutig in der Frage des weiteren Ausbaus.

Jetzt wird es notwendig, den Rechtskräften, unter Führung der CDU/CSU, entgegenzuwirken. Die Bundesrepublik braucht eine Zukunft der Demokratie, des Friedens und der sozialen Sicherheit.

rer ersten Anträge, dem viele folgten, zur Verbesserung der Radwegesituation. Allein in über 30 Ausgaben unserer Stadtzeitung „blickpunkt“ wurde bis heute auf die Mißstände, u.a. auch bei Fahrradabstellmöglichkeiten und



Kein gutes Pflaster für Radfahrer

Randsteinabsenkungen hingewiesen. Nahezu 200 Unterschriften von Fahrradbenutzern, Radsportlern und nicht zuletzt von vielen Hausfrauen die vorbildlich ihre Einkäufe in der Stadt mit dem Fahrrad, anstatt mit dem Auto, erledigen, wurden dem Bürgermeister übergeben. Nach vielen, auch einstimmig, gefaßten Beschlüssen, wird die Sache nun ernsthaft angegangen. Von der DKP wurde auch dieses Thema in Gesprächen mit der SPD auf die Prioritätenliste gesetzt.

Wie bereits im Januar-„blickpunkt“ berichtet, soll nun noch in diesem Jahr einiges abgearbeitet werden. So sollen unter anderem noch 1999 an insgesamt 12 Standorten, überwiegend an städtischen Einrichtungen und an den beiden Bahnhöfen, neuzeitliche Fahrradabstellanlagen entstehen. Auch an innerstädtischen und überörtlichen Radwegen sollen Schilder mit Ziel- und km-Angaben angebracht werden. Darüber hinaus ist im Jahre 1999 bzw. 2000 geplant, Neuanlagen von Radwegen u.a. am westlichen Ortsausgang von Mörfelden rechts der B 486 bis zum Vitrollesring und entlang der B 44 (Luleyknuten) in Richtung Norden, sowie zwischen Wasserturm und Walldorf, zu schaffen. Desweiteren wird eine Verbesserung der Radwegeverbindung zum Walldorfer Badeseesee angestrebt.

Die Initiativen aus Mörfelden haben auch auf den Kreis Groß-Gerau übergreifen. Laut eines Briefes des Kreis-ausschusses vom 21.12.98 an alle Kommunen des Kreises wird eine Verbesserung des Radwegenetzes mit Beschilderungen, eines Radroutenkonzeptes und parallel dazu die Herausgabe einer aktuellen Radwegekarte angekündigt. Heinz Hechler

Ende der Bescheidenheit

Die Gewerkschaften haben offenbar die Zeit der Zurückhaltung aufgegeben. Die sehr moderaten Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre haben die Arbeitgeber nicht mit Beschäftigungssicherung oder gar mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätzen honoriert. Im Gegenteil: die konservative Kohl-Regierung hat noch ein draufgesetzt. Mit dem Argument der Standortsicherung wurden viele Gesetze beschlossen, die die Arbeitnehmer belasteten und die Unternehmen entlasteten. Denken wir nur an die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, an das Kündigungsrecht für Kleinbetriebe, an den Wegfall der Gewerbesteuer nach Kapital, die „Gestaltungsmöglichkeiten“ bei der veranlagten Einkommensteuer . . .

Neue Regierung - neue Politik, so sollte man meinen! Doch Wirtschaftsminister Müller stolpert in ausgetre-

nen Pfaden, wenn er - wie ehemals CDU/FDP - in die Tarifautonomie eingreifen will.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Bei einem Anstieg des (nominalen) Bruttoinlandsprodukts von 1992 bis 1997 um 16,9 Prozent erhöhten sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen brutto um 34,5, netto um 46,8 Prozent; die Lohn- und Gehaltssumme brutto um 7,3, netto um 3,1 Prozent. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ging um 2,1 Millionen (6,5 Prozent) zurück.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um 1,4 Millionen (47,2 Prozent) zu, eine Dreiviertelmillion Arbeitnehmer ging vorzeitig „in Rente“.

Das Aufkommen aus veranlagter Einkommen-, Körperschafts-, Kapitalertrag-, Vermögens- und Gewerbesteuer lag 1996 um 9,4 Milliarden DM (minus 6,9 Prozent) unter dem Niveau von 1992; das Lohnsteueraufkommen war um 49,4 Milliarden DM (plus 20 Prozent) höher als 1992. Wie lange soll es so „moderat“ weitergehen?

Abzocker!

„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie; was ist ein Bankeinbruch gegen die Gründung einer Bank?“ Diesen Satz von Bertolt Brecht kommt einem in den Sinn, wenn - noch besäuselt von der Euphorie um den Euro - man zum Bankschalter geht und Geld tauschen will.

Für 2000 Mark verlangte ein Kunde bei der Kreissparkasse öster. Schillinge. Entsetzt mußte er feststellen, daß er dafür 48,90 DM Gebühren zahlen mußte. Auf seine Einwände wurde ihm erklärt, daß der Umtauschkurs der DM und des öS seit 1. 1. 1999

festgestellt ist. Also keine Kurschwankungen, an denen die Banken verdienen konnten. Daher hält man sich am Kunden schadlos. Bis zu 6 Prozent Umtauschgebühren können die Banken berechnen. Die Kreissparkasse nimmt nur 2,5 Prozent - welch ein Trost!

Billiger wird's für den Urlauber, wenn er im Eurogastland an den Automaten geht. Dann entstehen „nur“ fünf Mark Gebühr. Allerdings muß man für 2000 Mark auch vier- oder fünfmal zur Bank und wird jedesmal einen „Heiermann“ löhnen. Und die Eurokarte kostet schließlich auch Geld. Schönes, vereintes Europa!



Seit dem 1. Januar ist er da, der Euro, obgleich ihn noch keiner in der Hand hat. Sicher weiß noch keiner genau, was uns da erwartet. Aber es gibt Berechnungen, wonach auf die Kommunen Kosten von 25 Mark pro Einwohner zukommen. Wegen der angespannten Finanzlage entfällt dann ein einfaches Abrunden beim Umrechnen. Aufrunden bei gleicher Gegenleistung wiederum bedeutet Gebührenerhöhung. Mal sehen was da unser Kämmerer so macht.





Die Proteste müssen wachsen

Nach dem Wahlergebnis vom 7. Februar wird das Thema Flughafenbau noch bedrohlicher auf die Region zukommen. Bei CDU und FDP sind kaum Zweifler und Gegenkräfte auszumachen. Jetzt wird es darauf ankommen, daß sich die Bevölkerung entschiedener wehrt.

Neu bekannt gewordene Pläne sollten aufschrecken. So will die FAG kurzfristig (bis 2003) eine zivile Nutzung von Erbenheim sicherstellen.

Gleichzeitig möchte man die Planungen für eine Nordbahn weitertreiben. Dieses Vorhaben kann allerdings 8 bis 10 Jahre dauern.

Die Amerikaner sind bereit Erbenheim aufzugeben, wenn „bezahlt“ wird. Ihre Forderungen liegen bei 3 Mrd. DM. Keiner sollte hier sagen: Erbenheim ist weit weg. Alles bleibt in der Region: der Krach, der Dreck und die wachsenden Absturzgefahren.

Sicher ist, die neue CDU/FDP-Regierung in Wiesbaden wird jetzt alles noch forcieren. Also: Ausbau - koste es was es wolle. Soll man jetzt resignieren? Nein! Man muß den Widerstand verstärken.



Was so alles vom Himmel fällt. Während einer Kundgebung an der Oberschweinstiege zeigte ein Spaziergänger seine Fundstücke, diverse Flugzeugteile aus der Einflugschneise.



Hochbetrieb herrschte am Jakobiweiher. Gut 1000 Bürgerinnen und Bürger protestierten am 24. Januar 1999 an der Oberschweinstiege gegen die geplante Nordbahn.

Fluglärm-Beschwerde-Nr: (069) 690-22001



Unter dem Motto: „Wir ziehen alle an einem Strang“ trafen sich am 15. Januar Vertreter von 27 Bürgerinitiativen im Bürgerhaus Mörfelden. Spätestens nach diesem Abend im überfüllten Bürgerhaus, sollte den Parteien klar geworden sein, die Bürgerinitiativen sind zu einem Machtfaktor geworden.

Nach dem Beinahe-Absturz eines Air-India-Jumbos auf dem Frankfurter Flughafen wird jetzt die Sicherheitsfrage mehr in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Hätte die Maschine aus Indien 100 Meter früher aufgesetzt, wäre es zu einer furchtbaren Katastrophe gekommen.

Bei mehr als 1100 Maschinen die täglich auf dem Flughafen starten oder landen ist es richtig, wenn die Bürgerinitiativen davor warnen noch mehr Flüge auf dem Rhein-Main-Flughafen zuzulassen.

Unterschriftenkampagne der CDU/CSU eine gefährliche Entwicklung

Die von SPD und Grünen in ihrem Koalitionsvertrag beschlossene Reform der Staatsbürgerschaft ist weit weniger aufregend als CDU und CSU glauben machen wollen. Das bisher geltende „Abstammungsrecht“ - deutscher Staatsbürger ist nur, wer einen deutschen Elternteil hat - soll endlich durch das „Territorialrecht“ ersetzt werden. Kinder erhalten nach diesem Recht die Staatsangehörigkeit des Geburtslandes, unabhängig von der Nationalität ihrer Eltern. In der Bundesrepublik sollen die Neugeborenen der „zweieinhalften Generation“ zukünftig automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Das betrifft Kinder, von denen mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren wurde oder vor dem 14. Lebensjahr eingewandert ist. In den meisten Nachbarländern, so zum Beispiel in Frankreich, Großbritannien, in Belgien, Italien und Spanien, ist die doppelte Staatsbürgerschaft längst kein Thema mehr.



Dennoch: CDU und CSU nehmen die Pläne der rot-grünen Regierung zum Anlaß für ihren ersten Großangriff gegen die neue Regierung. Nach ihrem Erfolg in Hessen ist anzunehmen, daß die CDU/CSU ihre Kampagne verstärkt fortführen. Was z.Zt. von führenden CDU/CSU-Politikern formuliert wird, kann nur als eine breite Kampagne der Volksverhetzung bezeichnet werden: „Kriminelle Ausländer tragen ihre gewalttätigen Konflikte in das übervolle Boot und gefährden die Sicherheit des deutschen Volkes.“ Eine üblere Unterschriftensammlung hätten NPD, DVU oder REPs kaum hinkriegen können. Vielleicht hilft ja der eine oder andere beim Sammeln. Immer wieder versucht die CDU andere Parteien zu prüfen, ob sie denn auf

„dem Boden des Grundgesetzes“ stehen.

Wir meinen: Volksverhetzung und Ausländerfeindlichkeit gehören wohl kaum zu den ursprünglichen Säulen des Grundgesetzes, wie es vor 50 Jahren verabschiedet wurde. Eine Asylpolitik, die durch Abwehr, Ausgrenzung und Kriminalisierung geprägt ist, widerspricht der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und den Menschenrechten. Um in diesem Land ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit wieder zu erlangen, um Grund- und Menschenrechte wiederherzustellen, bedarf es allerdings mehr als die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit.

„Kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?“

... mit solchen Sätzen kamen manche an die Infostände der CDU. Weil CDU/CSU wissen, daß in vielen deutschen Köpfen das Gespenst von der Überfremdung und der Unsinn umgeht, daß die Ausländer die Arbeitsplätze wegnehmen würden, instrumentalisieren sie diese Vorurteile rücksichtslos für ihre Interessen. Auf dem Rücken der Ausländer will sie, wie in Hessen praktiziert, Mehrheiten gegen die Regierung mobilisieren. Der CSU-Mann Ramsauer nannte offenen einen der Gründe für die CSU-Kampagne: Die Ausländer würden sowieso nur SPD oder Grüne wählen; CDU/CSU wären auf Dauer auf die Oppositionsbank verbannt. Und so sollen 7,4 Millionen Menschen, d.h. rund zehn Prozent der hier dauerhaft lebenden Bevölkerung, weiter als Ausländer gelten und über geringere Rechte verfügen. Selbst ihren hier geborenen Kindern wird die deutsche Staatsangehörigkeit verwehrt. Es ist unerträglich, daß nach wie vor im Westen das Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 gilt, in dem das „Recht des Blutes“ festgeschrieben ist. Staatsangehörigkeit definiert sich durch das vermeintlich „vererbte deutsche Blut“.

Jetzt dreh'n sie durch

Die Sprüche die in diesen Wochen von der CDU/CSU kommen, sind schon recht eigenartig. So erklärte die CSU tatsächlich, Bayern solle im Rahmen des Länderfinanzausgleiches kein Geld mehr zahlen, weil sie „SPD und PDS beim Aufbau des Sozialismus in den neuen Ländern nicht noch helfen wolle“.

CDU und CSU machen mobil gegen die von der rot-grünen Regierung geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts. Die Kreis-CDU sieht sich als „Rettungsring im roten Meer“.



Früher schrieben CDU (und NPD) auf ihre Plakate: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!“



Edmund Stoiber (CSU) sieht nach einer Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts eine Gefährdung der Sicherheitslage höher als bei der RAF in den siebziger und achtziger Jahren. Immer also noch dumpfe Parolen und Angstmake. Wenn die deutschnationalen Töne der CDU auf eine ausländerfeindliche Grundstimmung stießen und sich bei der Hessischen Landtagswahl für die CDU auszahlten, heißt es noch lange nicht, daß man jetzt zurückweichen muß.

Vor der Wahl waren durchaus einige in der CDU erschrocken, als sie spürten, was sie mit der Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit auslösten. Einige wenige in der CDU wagten auch gegen die Pläne zu monieren. Festhalten muß man aber: Die hiesigen CDU-Leute, Gerald Weiß, Rudi Haselbach u.a. machten voll mit. Man sollte sich's merken.

Resolution für Toleranz

Die Fraktion der DKP/OL hat in der Stadtverordnetenversammlung nachfolgenden Antrag eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Mörfelden-Walldorf leben seit vielen Jahren Menschen unterschiedlicher Nationalität miteinander.

Die Kirchen, viele Vereine und Organisationen haben dazu beigetragen, daß Toleranz in unserer Stadt einen Namen hat. Das soll auch so bleiben. Voraussetzung dafür ist, daß die Unterschiede der Kulturen und Lebensweisen anerkannt werden.

Nun haben wir allerdings Sorge um das friedliche Zusammenleben in dieser Stadt. Wir verurteilen deshalb mit Nachdruck, daß auf den Straßen eine schwierige innenpolitische Frage in einer Art und Weise thematisiert wird, die böse Emotionen schürt.

Wir fordern die Rückkehr zur Toleranz.

Begründung:

Die von SPD und Grünen in ihrem Koalitionsvertrag beschlossene Reform der Staatsbürgerschaft ist längst

fällig und weit weniger aufregend als CDU und CSU glauben machen wollen. In den meisten Nachbarländern, so zum Beispiel in Frankreich, Großbritannien, in Belgien, Italien und Spanien, ist die doppelte Staatsbürgerschaft längst kein Thema mehr.

Dennoch: CDU und CSU nehmen die Pläne der rot-grünen Regierung zum Anlaß für ihren ersten Großangriff gegen die neue Regierung.

Wir wenden uns gegen Aussagen wie: „Kriminelle Ausländer tragen ihre gewalttätigen Konflikte in das übervolle Boot und gefährden die Sicherheit des deutschen Volkes.“

Wir meinen: Ausländerfeindlichkeit gehört nicht zu den ursprünglichen Säulen des Grundgesetzes, wie es vor 50 Jahren verabschiedet wurde. Eine Asylpolitik, die durch Abwehr, Ausgrenzung und Kriminalisierung geprägt ist, widerspricht der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und den Menschenrechten.

Unser Resolutionsentwurf hält sich im wesentlichen an den „Frankfurter Aufruf“ den viele Bürgerinnen und Bürger und sicher viele Parlamentarier unterzeichnet haben. Wir halten es für wichtig, daß auch das Stadtparlament zum Thema Stellung bezieht.

Arme Kommunen investieren nicht

Unter dieser Überschrift greift der Hessische Städte- und Gemeindebund in die Diskussion um die fehlende Binnennachfrage, der Beschäftigungssicherung, der Finanznot der Kommunen ein. Die prekäre Lage der Bauwirtschaft hat ihre Hauptursache in der fehlenden finanziellen Ausstattung von Städten und Gemeinden.

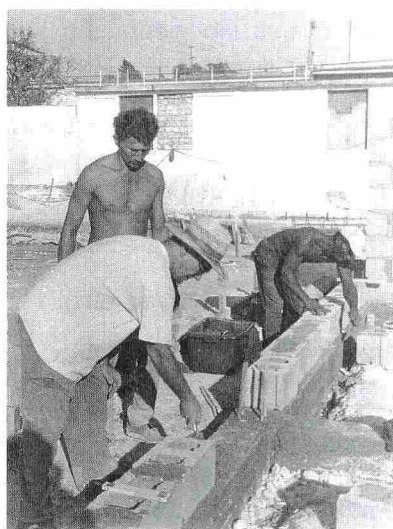
„Die hessischen Kommunen investieren seit dem Jahr 1992 von Jahr zu Jahr weniger. Grund dafür ist natürlich die seitdem außerordentlich schlechte Finanzlage, in der stagnierenden und teilweise rückläufigen Steuereinnahmen drastische Ausgabenbelastungen insbesondere bei der Sozialhilfe und für die Deutsche Einheit gegenüberstanden.

Man kann es natürlich auch anders sagen: Hätten die Städte und Gemeinden - und die Landkreise - mehr Geld, könnten sie mehr investieren und dadurch auch mehr für die Wirtschaft und für die Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen tun.

Noch anders ausgedrückt: Weil die hessischen Kommunen kein Geld haben, können sie nicht genügend investieren. Dabei geht es garnicht einmal so sehr um neue Investitionen; diese sind angesichts der damit in der Regel verbundenen enormen Folgekosten für die öffentlichen Haushalte ohnehin fast tabu. Was besonders ins Gewicht fällt, sind vor allem die unterlassenen Investitionen in die Bauunterhaltung öffentlichen Vermögens.“

Nach einer Familienarztpraxis und einer Reha-Klinik baut die DKP ihr drittes Solidaritätsprojekt in Kuba. Vierzehn „Brigadisten“ werkeln seit Januar an einer weiteren Familienarztpraxis in Matanzas.

Rainer Haag, Stadtverordneter der DKP/OL aus Mörfelden-Walldorf (ein gelernter Maurer), ist bei den Bauarbeitern. Er schreibt dem „blickpunkt“: „Der Arbeitstag geht von 7 bis 17 Uhr. Auch jeden zweiten Samstag wird gearbeitet. Wir schaffen das schon, obwohl uns die Sonne schafft. Mit unserer Solidarität haben wir uns einen guten Namen erarbeitet. Die Bevölkerung von Matanzas verfolgt unsere Arbeit mit viel Sympathie und Aufmerksamkeit. Mit dieser neuen Familienarztpraxis werden sich die sozialen Bedingungen verbessern. Sie soll am 19. April 1999 der Bevölkerung übergeben werden“.



**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Zur Haushaltsplan-Debatte kamen von der DKP/OL-Fraktion eine Reihe von Anfragen und Anträge.

Urnenwand

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die 150000,- Mark aus der Verpflichtungsermächtigung werden in den Haushaltsansatz gestellt. Damit wird zeitnah eine erste Urnenwand auf dem Friedhof Walldorf errichtet.

Außerdem bitten wir zu prüfen, ob pro Anlage zukünftig mehr Urnennischen als in den bisher auf dem Mörfelder Friedhof aufgestellten Elementen vorgesehen werden können.“

Begründung:

Seit mehreren Jahren gibt es einen Stadtverordnetenbeschluss zur Errichtung einer Urnenwand auch auf dem Walldorfer Friedhof. Da die Urnenwandanlagen in Mörfelden immer stärker nachgefragt werden, ist auch in Walldorf von einem Bedarf auszugehen.

Wir wollen, daß der dazu bestehende Grundsatzbeschluss ohne weitere Verzögerungen umgesetzt wird.

Straßenreinigung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Zur kostendeckenden Gestaltung der Straßenreinigungsgebühren wird die Straßenreinigungs-Gebührensatzung der Stadt Mörfelden-Walldorf in § 2 (1) wie folgt geändert: Die Gebühr beträgt jährlich je laufenden Meter Frontlänge bei einmal wöchentlicher Reinigung DM 24,56.
2. Diese Änderung tritt am 1. März 1999 in Kraft.

Begründung:

Legt man die erzielten bzw. erwarteten Einnahmen aus den derzeitigen Straßenreinigungsgebühren zugrunde,

so werden für DM 4,08 pro Meter und Jahr in Mörfelden-Walldorf jede Woche 17.696 Meter Straße gereinigt und dies hauptsächlich in den Industrie- und Gewerbegebieten der Stadt. Für uns ist nicht einsichtig, daß die Stadt somit die Straßenreinigung der Gewerbebetriebe mit über 25,- DM pro Meter und Jahr bezuschußt.

Hier ist dringend eine Gebührenanpassung vorzunehmen und die volle Kostendeckung anzustreben.

Dies vor allem deshalb, um die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des Bauhofs in diesem Bereich gebührend zu würdigen und als deutliches Signal dafür, daß der hier seit Jahren ausgewiesene „Zuschußbedarf“ nicht als Argument für den Abbau dieser städtischen Dienstleistung geeignet ist.

Radweg zum Badensee

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten:

1. Ist es möglich, einen Radweg von der Kreuzung Farmstraße/Aschaffenburger Str. bis zur B 44 (Badensee) anzulegen?
2. Gibt es aus ingenieur- und verkehrstechnischer Sicht eine realistische Möglichkeit die Engstelle „Bahnbrücke“ per Radweg zu passieren?
2. Mit welchen Kosten ist dabei in etwa zu rechnen und welche Fördermöglichkeiten seitens Kreis/Land/Bund gibt es?

Begründung:

Die augenblickliche Situation der Radwegeverbindung vom Knotenpunkt Aschaffenburger Str./B 44/Badensee nach Walldorf ist unbefriedigend. Entweder müssen Radfahrer Umwege in Kauf nehmen, sind auf die stark befahrene Aschaffenburger Straße angewiesen oder überqueren illegal die Bahngleise an der Autobahnbrücke. Bis auf die Engstelle „Bahnbrücke“ wäre für einen Radweg sicher genug Platz.

Anfrage „Schulen“

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Stand der Gespräche mit der Kreisverwaltung über die etwaige Rückübertragung der Schulträgerschaft für die Grundschulen an die Stadt?
2. Wann wurde dieses Thema zuletzt erörtert und mit wem?
3. Wie ist der Stand der Dinge betr. die Reinigungsintervalle in den Schulen?
4. Wie sehen die Pläne des Kreises aus, im laufenden Betrieb und bei der Bauunterhaltung vor allem an den Grundschulen vertretbare Standards zu gewährleisten?
5. Ist in absehbarer Zeit mit der Einrichtung einer Betreuungsgruppe „betreuende Grundschule“ an der Albert-Schweitzer-Schule zu rechnen?
6. Inwieweit ist der Bedarf an diesem Angebot in den Grundschulen unserer Stadt gedeckt?
7. Ist mit einer Beteiligung des Kreises an der Finanzierung dieser Einrichtungen zu rechnen und wurden seitens des Magistrats dahingehende Anstöße gegeben?
8. Hält der Magistrat eine „Minderung“ der Schulumlage als politisches Signal an den Kreis für denkbar und geeignet, um im Interesse der Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern und aller in den Schulen Beschäftigten auf Mängel und Versäumnisse in diesem Bereich hinzuweisen und auf Abhilfe zu drängen?

Wochenzeitung der DKP



Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion



Haushaltsplanberatung der DKP/OL-Fraktion. Von links: Gerd Schulmeyer, Bertram Rühl, Rudolf Dötsch, Helga Fritz, Ludwig Hechler.

Drei Tage war die Fraktion mit weiteren Aktiven im Gewerkschaftsschulungszentrum in Springen, um den Haushalt '99 zu „durchforsten“.

Anfrage Kommunale Beschäftigungsförderung

Wir fragen den Magistrat:

1. In welchem Umfang wurde in 1998 eine „kommunale Beschäftigungsförderung“ angeboten?
2. Wie viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt waren 1998 in welchen Projekten („Hilfe zur Arbeit“ o.ä.) wo beschäftigt und/oder wurden neu aufgenommen?
3. Sind die im Haushaltsplan in diesem Unterabschnitt ausgewiesenen Personalkosten ausschließlich „Verwaltungskosten“, oder schließen diese Ausgaben Personalkosten für „Projekte“ ein?
4. Wie viele städtische Angestellte sind im Bereich „kommunale Beschäftigungsförderung“ tätig?
5. Wird es im laufenden Jahr einen Sachbericht zu diesem Tätigkeitsfeld geben?

In einem Antrag zur Kommunalen Entwicklungshilfe hat die Fraktion der DKP/OL Vorschläge über die Verteilung an die einzelnen Projekte als Antrag vorgelegt.

8. März: Internationaler Frauentag Der Traum von einer besseren Welt

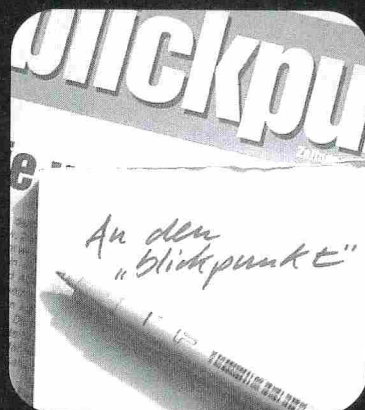
Vor achtzig Jahren (1919) durften Frauen zum erstenmal an einer deutschen Reichstagswahl teilnehmen und haben seither das Recht gewählt zu werden. Vor fünfzig Jahren (1949) wurde in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschrieben: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. 50 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ist die Gleichstellung der Frauen in Beruf, Politik, Familie und Gesellschaft noch lange nicht erreicht! Alles, was für gleiche Rechte in diesen 50 Jahren bewegt wurde, haben die Frauen in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in der Frauenbewegung, in den Schulen und Hochschulen vorwiegend selbst erkämpft.

80 Jahre nach dem erfolgreichen Kampf um das Frauenwahlrecht entzündeten sich immer wieder die Gemüter, wenn Frauen Quotierungsforderungen stellen. Denn Frauen sind nach wie vor in den Vorständen von Parteien und Gewerkschaften nicht ausreichend vertreten und auch in den Parlamenten sind sie in der Minderheit. Was ist aus dem Traum der Groß-

mütter und Urgroßmütter von einer besseren Welt geworden? Frauen verlieren als erste ihre Arbeit. „Eine schöne Tradition europäischer Ritterlichkeit“ wird damit fortgesetzt. Frauen stellen über 70 Prozent der Beschäftigten in nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen dar. Für viele berufstätige Mütter ist es sehr schwierig, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Der Staat läßt sie damit weitgehend alleine. Die viel zitierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist unter der im Herbst abgewählten „Kohl-Regierung“ zur „Heim- und Herd-Ideologie“ verkommen. Die neue Bundesregierung hat mit der Neuregelung der sogenannten „630-Mark-Jobs“ nichts für die wirtschaftliche Eigenständigkeit und soziale Absicherung von Frauen getan. Frauen bekommen auch in Zukunft nichts geschenkt. Sie werden sich ihre Rechte auch weiterhin erstreiten müssen. Dazu gehört Mut und selbstbewußtes Auftreten, aber auch die Bereitschaft, Konflikten nicht aus dem Weg zu gehen.

Helga Fritz

Der „blickpunkt“
freut sich
auf Leserbriefe



Heinz Jörg Huhn und Rudi Hechler aus Mörfelden-Walldorf wurden für 50jährige Mitgliedschaft in der IG Medien im Frankfurter Gewerkschaftshaus geehrt. Beide traten kurz nach dem Krieg in die damalige Gewerkschaft Druck und Papier ein, waren Jugendvertreter und Betriebsräte und in vielen gewerkschaftlichen Funktionen aktiv.

GRUPPE 1950



Über viele Jahre pflegte der Mörfelder Volksschullehrer Frank die schöne Tradition, an Fastnachtsdienstag maskierte Schülerinnen- und Schüler seiner Klasse im Hofe des Lehrerhauses zu fotografieren. Dabei stellte er die bunte, aber vor dem Lehrer immer noch brave Gesellschaft, vor dem Scheunentor oder der Haustür des Anwesens Langgasse 33 auf. Auch im Jahre 1950 war es wieder soweit mit einer Gruppe des Jahrgangs 1937. Vielleicht war es das erste Foto dieser Art, das nach dem Kriege wieder entstand. Die Kostüme waren noch einfacher und weniger auffallend, als bei Kindern früherer Jahrgänge aus den Jahren 1930 und 1939, die auf dieser Seite bereits gezeigt wurden. Die Eltern hatten wohl damals noch andere Sorgen.



Das Wohnhaus mit Scheune, an dessen Stelle sich heute die Kreissparkasse befindet, fiel vor vielen Jahren ,wie so manches andere erhaltenswürdige Gebäude in dieser Straße, der Spitzhacke zum Opfer.

Die Namen der Kinder sind von links (bei den Mädchen die heutigen Namen in Klammer): Karlheinz Kaiserauer, Inge Schmidling, Christa Galonsky (Dötsch), sie kam aus der Nachbarschaft und durfte mit den Älteren auf's Bild, Helga Galonsky (Hechler), Irene Jungmann (Merk), Anneliese Kemmler (Krichbaum), Anita Lukasik (Dickhaut), Irmgard Feldmann, Thea Gernandt (Schulmeyer), Georg Knodt.

Jeden Monat kommt der

blickpunkt

Ohne außerparlamentarisch wird sich in Bonn wenig ändern

Ein Loch ist im Haushalt...

Besser als gerührt sein. Ist sich rühren...

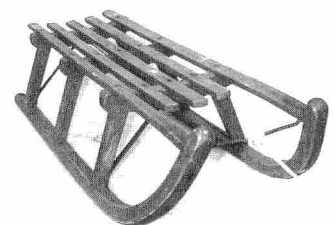
1997: 302.000 Flugbewegungen
1998: 415.000 Flugbewegungen
1999, 2000, 2001, 2002...?

12.500 Exemplare drucken wir monatlich.

Es ist jedesmal ein großer Kraftakt, bis alle Zeitungen verteilt sind. Manchmal heißt es trotzdem: „Ich hatte ihn nicht im Briefkasten.“

Wer keine Ausgabe des „blickpunkt“ vermissen möchte, hat es einfach: Überweisen Sie DM 25,- auf unser Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nummer 9003419, BLZ 50852553, (Vermerk „blickpunkt“-Postversand) und wir schicken ihnen ein Jahr lang die Zeitung mit der Post. Auf das gleiche Konto können Sie Spenden überweisen.

Unser Lexikon



**Schlirrer
Schlitten**